

**FRANCIS
FUKUYAMA**

**DER
LIBERALISMUS
UND SEINE
FEINDE**

**VOM AUTOR VON
»DAS ENDE DER GESCHICHTE«**

Hoffmann und Campe



**FRANCIS
FUKUYAMA**

**DER
LIBERALISMUS
UND SEINE
FEINDE**

**VOM AUTOR VON
»DAS ENDE DER GESCHICHTE«**

Hoffmann und Campe





Francis Fukuyama

Der Liberalismus und seine Feinde

Aus dem amerikanischen Englisch von Karlheinz Dürr

Hoffmann und Campe

Vorwort

Mit diesem Buch will ich eine Verteidigung des klassischen Liberalismus vorlegen, oder, sollte dieser Begriff zu sehr historisch belastet sein, dann eben eine Verteidigung dessen, was Deirdre McCloskey als »humanen Liberalismus« bezeichnet.^[1] Ich bin der Meinung, dass der Liberalismus heute überall auf der Welt sehr stark gefährdet ist. Früher mochte man ihn für selbstverständlich halten, doch heute müssen seine Tugenden aufs Neue klar dargelegt und hervorgehoben werden.

Mit »Liberalismus« beziehe ich mich auf die Lehre, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erstmals in Erscheinung trat. Sie setzte sich für die Begrenzung der staatlichen Herrschaft durch das Recht und letztlich durch Verfassungen ein und schuf Institutionen, die die Rechte derjenigen Menschen schützten, die in ihrem Geltungsbereich lebten. Ich meine ausdrücklich *nicht* den Liberalismus-Begriff, der heute in den Vereinigten Staaten als Bezeichnung einer Politik links von der Mitte dient und der sich, wie wir noch sehen werden, in entscheidenden Aspekten vom klassischen Liberalismus wegentwickelt hat. Ich meine auch nicht das, was in den Vereinigten Staaten *libertarianism* (»Libertarismus«) genannt wird, denn dabei

handelt es sich um eine besondere Doktrin, die auf einer feindseligen Einstellung gegenüber dem Staat als solchem gründet. Und ich gebrauche den Begriff auch nicht im europäischen Sinne, da er in Europa vor allem die Mitte-Rechts-Parteien bezeichnet, die dem Sozialismus skeptisch gegenüberstehen. Der klassische Liberalismus ist wie ein großes Zeltdach, das eine Bandbreite politischer Sichtweisen überspannt, die nichtsdestotrotz im Hinblick auf die grundlegende Bedeutung von individuellen Gleichheitsrechten, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit übereinstimmen.

Es ist offenkundig, dass sich der Liberalismus seit mehreren Jahren auf dem Rückzug befindet. Der Nichtregierungsorganisation Freedom House zufolge gewannen politische Rechte und bürgerliche Freiheiten in den drei Jahrzehnten zwischen 1974 und den frühen 2000er Jahren weltweit an Bedeutung. In den darauf folgenden rund 15 Jahren bis 2021 nahm ihre Bedeutung jedoch stetig wieder ab, ein Prozess, der als demokratische Rezession oder Regression bezeichnet wird.^[2]

In den etablierten liberalen Demokratien sind es vor allem die liberalen Institutionen, die unmittelbar angegriffen werden. Politische Führer wie Viktor Orbán in Ungarn, Jarosław Kaczyński in Polen, Jair Bolsonaro in Brasilien, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei und Donald Trump in den Vereinigten Staaten wurden alle legitim gewählt, benutzten aber ihr Wählermandat schon bei erster Gelegenheit dazu, liberale Institutionen zu attackieren.

Dazu gehörten die Gerichte und das Rechtssystem, überparteiliche staatliche Behörden, unabhängige Medien und andere Körperschaften, die im Rahmen des Systems der Gewaltenteilung die Macht der Exekutive begrenzen. Orbán war sehr erfolgreich darin, die Gerichte mit seinen Gefolgsleuten zu beschicken und den größten Teil der ungarischen Medien unter die Kontrolle seiner Unterstützer zu bringen. Trump war weniger erfolgreich mit seinen Versuchen, die Intelligenzia oder Institutionen wie das Justizministerium, die Gerichte und die Mainstream-Medien zu schwächen, verfolgte aber ähnliche Absichten.

Der Liberalismus wurde in jüngster Zeit jedoch nicht nur durch rechtsgerichtete Populisten herausgefordert, sondern auch von der wiederauflebenden progressiven Linken. Die Kritik von dieser Seite beruht auf dem – an sich korrekten – Vorwurf, die liberalen Gesellschaften würden ihren eigenen Idealen hinsichtlich einer gleichen Behandlung aller Gruppen nicht gerecht. Diese Kritik erweiterte sich im Laufe der Zeit zu einem Angriff auf die grundlegenden Prinzipien des Liberalismus als solchem, etwa sein Postulat individueller Rechte statt Gruppenrechten, die Prämisse einer universalen Gleichheit der Menschen, auf der Verfassungen und liberale Rechte gründen, und dem Wert der freien Meinungsäußerung und des wissenschaftlichen Rationalismus als Methoden zur Erfassung der Wahrheit. In der Praxis führt das zu einer Intoleranz gegenüber Sichtweisen, die von der neuen

progressiven Orthodoxie abweichen, und zum Einsatz verschiedener Formen sozialer Macht mit dem Ziel, diese Orthodoxie durchzusetzen. Andersdenkende werden aus einflussreichen Positionen gedrängt und Bücher werden gewissermaßen geächtet, oftmals zwar nicht durch die Regierungen selbst, wohl aber durch mächtige Organisationen, die ihre Verbreitung unter Kontrolle halten.

Populisten auf der rechten und Progressive auf der linken Seite des politischen Spektrums sind mit dem heutigen Liberalismus jedoch nicht, wie ich meine, wegen der grundsätzlichen Schwächen der Doktrin unzufrieden. Vielmehr sind sie unglücklich über die Art und Weise, in der sich der Liberalismus im Verlauf der letzten Generationen veränderte. Seit den späten 1970er Jahren entwickelte sich der ökonomische Liberalismus zu etwas, das heute als Neoliberalismus bezeichnet wird. Der Neoliberalismus verstärkte die ökonomische Ungleichheit auf dramatische Weise und brachte verheerende Finanzkrisen hervor, die in vielen Ländern der Welt den einfachen Menschen viel mehr schaden als den vermögenden Eliten. Es ist diese Ungleichheit, die den Kern des progressiven Arguments gegen den Liberalismus und des mit ihm zusammenhängenden kapitalistischen Systems ausmacht. Die institutionellen Regeln des Liberalismus schützen die Rechte aller, auch die der bestehenden Eliten, die aber nur ungern Teile ihres Reichtums oder ihrer Macht aufgeben wollen und sich

daher dem Marsch hin zu sozialer Gerechtigkeit für marginalisierte Gruppen in den Weg stellen. Der Liberalismus bildet die ideologische Basis der Marktwirtschaft und ist daher nach Auffassung vieler intensiv mitverantwortlich für die Ungleichheiten, die vom Kapitalismus verursacht werden. Viele ungeduldige Aktivisten der Generation Z (auch Gen Z oder Post-Millennials genannt) in Amerika und Europa betrachten den Liberalismus als eine außer Mode gekommene Sichtweise der Babyboomer-Generation, als ein »System«, das unfähig sei, sich selbst zu reformieren.

Gleichzeitig breitete sich die Vorstellung einer persönlichen Autonomie beziehungsweise Selbstbestimmung unerbittlich weiter aus und wurde allmählich als Wert an sich gesehen, der sämtliche anderen Visionen eines guten Lebens verdrängte, darunter auch jene, die von den traditionellen Religionen und der Kultur vorgetragen wurden. Die Konservativen sahen darin eine Bedrohung ihrer grundlegendsten Überzeugungen und glaubten, dass sie von der Mainstream-Gesellschaft aktiv diskriminiert würden. Sie meinten, dass die Eliten mit undemokratischen Mitteln versuchten, ihre Agenda durchzusetzen, etwa durch die Kontrolle der Mainstream-Medien, der Universitäten, der Gerichte und der Exekutivgewalt. Die Tatsache, dass es Konservative waren, die in dieser Periode sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa aus vielen Wahlen siegreich hervorgingen,

schien die Flutwelle des kulturellen Wandels nicht aufhalten zu können.

Die Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Liberalismus in den letzten Jahrzehnten führt zu Forderungen sowohl von der Rechten als auch von der Linken, dass die liberale Doktrin mit Stumpf und Stiel ausgerottet und durch ein anderes System ersetzt werden müsse. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums gibt es Bemühungen, das Wahlsystem in den Vereinigten Staaten so zu manipulieren, dass die konservativen Kräfte an der Macht bleiben können, ungeachtet anderslautender demokratischer Wahlentscheidungen; andere flirteten als Reaktion auf die von ihnen wahrgenommene Bedrohung mit Gewaltbereitschaft und autoritärer Herrschaft. Von der Linken kommen Forderungen nach einer massiven Umverteilung von Wohlstand und Macht und einer Anerkennung von Gruppen anstelle des Individuums auf der Grundlage unveränderlicher Eigenschaften dieser Gruppen wie ethnische Herkunft oder Geschlecht; ferner werden politische Maßnahmen gefordert, um die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen auszugleichen. Da wahrscheinlich nichts davon auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses passieren wird, begnügen sich die Progressiven weiterhin damit, ihre Agenda mit Hilfe der Gerichte, staatlicher Behörden und ihrer beträchtlichen sozialen und kulturellen Macht voranzubringen.

Diese Bedrohungen des Liberalismus sind nicht symmetrisch. Die von der Rechten ausgehende Gefahr wirkt unmittelbarer und ist politischer Natur; die von der Linken kommende Gefährdung ist hauptsächlich kultureller Art und wirkt daher langsamer. Beide Strömungen werden von einem Unbehagen am Liberalismus angetrieben, das nichts mit dem Wesen der Doktrin an sich zu tun hat, sondern mit der Art und Weise, in der gewisse grundsätzlich vernünftige liberale Ideen interpretiert und ins Extrem getrieben werden. Die Antwort auf dieses Unbehagen lautet nicht, den Liberalismus als solchen gänzlich aufzugeben, sondern ihn zu mäßigen.

Mein Plan für dieses Buch ist der folgende: In Kapitel 1 werde ich den Liberalismus definieren und seine drei wichtigsten historischen Rechtfertigungen vortragen. Die Kapitel 2 und 3 befassen sich mit der Frage, wie sich der ökonomische Liberalismus zu der extremeren Form des »Neoliberalismus« entwickeln konnte und damit eine starke Gegnerschaft und tiefes Unbehagen am Kapitalismus selbst provozierte. In den Kapiteln 4 und 5 untersuche ich, wie das grundlegende liberale Prinzip der persönlichen Autonomie verabsolutiert wurde und sich in eine Kritik des Individualismus und des Universalismus verwandelte, auf denen der Liberalismus beruhte. Kapitel 6 behandelt die Kritik der modernen Naturwissenschaften, die von der progressiven Linken erstmals vorgetragen wurde, sich aber bald auch in der populistischen Rechten verbreitete. Kapitel 7 beschreibt, wie die modernen

Technologien das liberale Prinzip der Redefreiheit herausfordern. Die Frage, ob die Rechte oder die Linke realistische Alternativen zum Liberalismus anzubieten haben, wird in Kapitel 8 aufgeworfen. Kapitel 9 befasst sich mit der Frage, inwiefern das Verlangen nach nationaler Identität eine Herausforderung für den Liberalismus darstellt, und Kapitel 10 umreißt schließlich die allgemeinen Prinzipien, die erforderlich wären, um das Vertrauen in den klassischen Liberalismus wieder aufzubauen.

Es ist nicht meine Absicht, mit diesem Buch eine Geschichte der liberalen Idee vorzulegen. Dutzende bedeutender Autoren haben zur liberalen Tradition beigetragen, und im Laufe der Jahre sind ebenso viele Kritiker des Liberalismus aufgetreten.^[3] Außerdem gibt es hunderte, wenn nicht sogar tausende Bücher, die diese verschiedenen Beiträge ausführen und erläutern. Ich hingegen will den Blick auf die Kerngedanken fokussieren, die nach meiner Auffassung dem Liberalismus der Gegenwart zugrunde liegen, und gleichzeitig auf einige der gravierenden Schwächen hinweisen, die die liberale Theorie belasten.

Ich schreibe dieses Buch in einer Zeit, in der sich der Liberalismus mit zahlreichen Kritiken und Herausforderungen konfrontiert sieht und vielen Menschen als alte und überlebte Ideologie erscheint, die keine Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit mehr bieten könne. Es ist keineswegs das erste Mal, dass er auf

diese Weise kritisiert wird. Kaum war der Liberalismus im Gefolge der Französischen Revolution zu einer wirkungsvollen Ideologie geworden, als er auch schon von romantischen Kritikern angegriffen wurde, die den Vorwurf erhoben, er beruhe auf einer selbstsüchtigen, unfruchtbaren Weltsicht. Später wurde er von Nationalisten attackiert, die bis zum Ersten Weltkrieg die Debatte beherrschten, und von Kommunisten, die sich ihnen entgegenstellten. Außerhalb Europas schlugen liberale Doktrinen in manchen Gesellschaften Wurzeln, beispielsweise in Indien, wurden aber schon bald von Nationalisten, Marxisten und religiösen Bewegungen in Frage gestellt.

Dennoch überlebte der Liberalismus diese Herausforderungen und wurde bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zum vorherrschenden Organisationsprinzip vieler Teile der Weltpolitik. Seine Langlebigkeit spiegelt die Tatsache wider, dass er sowohl pragmatische als auch moralische und ökonomische Rechtfertigungen umfasst, die viele Menschen ansprechen, vor allem auch deshalb, weil sie von den gewaltsamen Kämpfen erschöpft waren, die die alternativen politischen Systeme verursacht hatten. Der Liberalismus ist keineswegs, wie Wladimir Putin behauptete, eine »obsolete« Doktrin, sondern eine Lehre, die in unserer vielfältigen und zugleich eng vernetzten Welt auch weiterhin benötigt wird. Aus genau diesem Grunde ist es erforderlich, die Rechtfertigungen für eine liberale Politik

neu zu formulieren, zugleich aber auch die Gründe vorzutragen, aus denen sie heute von vielen Menschen als unzureichend angesehen wird.

Vor allem seit 2016 wurde eine Fülle von Büchern, Artikeln und Manifesten veröffentlicht, in denen die Mängel des Liberalismus analysiert und Ratschläge erteilt werden, wie sich der Liberalismus den derzeit vorherrschenden Bedingungen anzupassen habe.^[4] Ich habe einen großen Teil meines Lebens der Forschung, Lehre und dem Schreiben über Staat und Politik gewidmet und habe unendlich viele Ideen für spezifische Initiativen, die ergriffen werden könnten, um das Leben in unseren heutigen liberalen Demokratien zu verbessern. Statt jedoch eine lange Liste dieser Ideen vorzulegen, soll sich der vorliegende Band enger auf die grundlegenden Prinzipien konzentrieren, die einem liberalen Regierungssystem zugrunde liegen, dabei aber auch einige ihrer Mängel bloßlegen und, darauf aufbauend, Möglichkeiten aufzeigen, wie diese Mängel behoben werden können. Es ist mir ein Anliegen zu zeigen, dass auch ein Liberalismus mit Mängeln illiberalen Alternativen immer weit überlegen sein wird. Aus diesen allgemeinen Prinzipien spezifischere Folgerungen für die Politik zu ziehen, sei anderen überlassen.

1

Was ist Klassischer Liberalismus?

Es gibt mehrere allgemeine Grundzüge, die den Liberalismus definieren. In den Worten von John Gray:

Allen Versionen der liberalen Tradition ist eine klare, ihrem Wesen nach eindeutig moderne Vorstellung von Mensch und Gesellschaft gemeinsam ... Sie ist *individualistisch* insofern, als sie den moralischen Primat der Person gegenüber den Ansprüchen eines sozialen Kollektivs bekräftigt; sie ist *egalitär* insofern, als sie allen Menschen denselben moralischen Status verleiht und der rechtlichen oder politischen Ordnung die Relevanz von Unterscheidungen im moralischen Wert der Menschen verweigert; sie ist *universalistisch*, weil sie die moralische Einheit der menschlichen Spezies bestätigt und spezifischen historischen Verbindungen und kulturellen Formen sekundäre Bedeutung beimisst, und sie ist *melioristisch* insofern, als sie die Lenkbarkeit und Verbesserungsfähigkeit aller sozialen Institutionen und politischen Arrangements bestätigt. Es ist dieses Konzept von Mensch und Gesellschaft, das dem Liberalismus eine eindeutige Identität verleiht, die über seine große interne Varietät und Komplexität hinausgeht.^[5]

Liberalen Gesellschaften statten das Individuum mit Rechten aus, deren wesentlichstes das Recht auf Autonomie ist, also auf die Fähigkeit, eigenständige Entscheidungen hinsichtlich der eigenen Meinung, des Zusammenlebens mit anderen, des Glaubens und letztendlich auch des politischen Lebens treffen zu können. Zu diesem Recht auf Selbstbestimmung gehört auch das Recht auf Besitz und wirtschaftliche Betätigung. Im Laufe der Zeit wurde die Autonomie um das Wahlrecht erweitert und umfasste nun auch das Recht zur Teilhabe an der politischen Macht.

Es muss nicht eigens erwähnt werden, dass die frühen Liberalen noch ein sehr eingeschränktes Verständnis davon hatten, wer mit diesen Rechten ausgestattet werden solle. Dieser Kreis war sowohl in den USA als auch in anderen »liberalen« Staaten anfangs auf weiße Männer begrenzt, die Eigentum besaßen, und wurde erst später auch auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgeweitet. Diese Einschränkungen der Rechte standen jedoch im Widerspruch zum Postulat der Gleichheit aller Menschen, das sowohl in den Lehrschriften liberaler Theoretiker wie Thomas Hobbes und John Locke als auch in Gründungsdokumenten wie der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution enthalten war. Das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis, aber auch die Mobilisierung ausgegrenzter Gruppen an der Basis trieben die Entwicklung liberaler Regierungen hin zu einer breiteren und umfassenderen

Anerkennung der menschlichen Gleichheit voran. Damit unterschied sich der Liberalismus scharf von nationalistischen und religiös begründeten Doktrinen, die diese Rechte explizit auf bestimmte »Rassen«,¹ Ethnien, Geschlechter, Bekenntnisse, Kasten oder Statusgruppen beschränkten.

Libérale Gesellschaften gießen Rechte in formale Gesetze und tendieren daher dazu, stark verfahrensorientiert zu sein. Das Recht wird einfach nur als ein System eindeutiger Regeln gesehen, in denen festgelegt ist, wie Konflikte zu lösen und kollektive Entscheidungen zu treffen sind. Es ist in einer Reihe von Rechtsinstitutionen verankert, die ihre Funktionen halbautonom vom Rest des politischen Systems ausüben. Damit soll verhindert werden, dass sie von Politikern zum eigenen kurzfristigen Vorteil missbraucht werden können. Diese Regeln wurden im Laufe der Zeit in den fortschrittlichsten liberalen Gesellschaften immer komplexer.

Der Liberalismus wird oft unter dem Oberbegriff »Demokratie« subsumiert, obwohl Liberalismus und Demokratie strenggenommen auf klar unterscheidbaren Grundsätzen und Institutionen beruhen. Demokratie bezieht sich auf die Herrschaft durch das Volk, die heutzutage durch ein allgemeines Erwachsenenwahlrecht und periodisch stattfindende, freie und gleiche Wahlen unter Beteiligung mehrerer Parteien institutionalisiert wird. Liberalismus in dem von mir hier benutzten Sinne

bezieht sich auf Rechtsstaatlichkeit, ein System formeller Regeln, welche die Macht der Exekutive begrenzen, auch dann, wenn diese Exekutive durch eine Wahl demokratisch legitimiert ist. Von daher sollten wir korrekterweise von »liberaler Demokratie« sprechen, wenn wir das Regierungssystem meinen, das in Nordamerika, Europa, in Teilen Ost- und Südasiens und in anderen Teilen der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorherrscht. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich, Japan und Indien als liberale Demokratien etabliert, obwohl sich die liberale Demokratie in einigen dieser Länder, beispielsweise in den Vereinigten Staaten und in Indien, seit einigen Jahren wieder zurückentwickelt.

Es ist der Liberalismus und nicht die Demokratie, der in den letzten Jahren am schärfsten angegriffen wird. Kaum jemand würde heute behaupten, dass die Regierung nicht die Interessen »des Volkes« widerspiegeln sollte; sogar offenkundig autokratische Regimes wie das der Volksrepublik China oder Nordkoreas erheben den Anspruch, im Namen des Volkes zu handeln. Selbst ein Wladimir Putin fühlt sich immer noch veranlasst, regelmäßig »Wahlen« abzuhalten; auch ihm scheint die Unterstützung durch das Volk nicht gleichgültig zu sein. Das gilt ebenso für viele andere de facto autoritäre Führer auf der ganzen Welt. Andererseits erklärte Putin den Liberalismus zu einer »obsoleten Doktrin«^[6] und arbeitet seit vielen Jahren mit allen Mitteln daran, Kritiker zum

Schweigen zu bringen, politische Gegner einsperren oder gar ermorden zu lassen und den gesamten unabhängigen zivilgesellschaftlichen Sektor Russlands zu eliminieren. Chinas Führer Xi Jinping greift jeden Gedanken an, der darauf abzielt, die alleinige Macht der Kommunistischen Partei in Frage zu stellen, deren Würgegriff um alle Bereiche und Aspekte der chinesischen Gesellschaft immer härter wird. Und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán erklärt unverblümt seine Absicht, im Herzen der Europäischen Union eine »illiberale Demokratie« zu errichten.^[7]

Wenn sich eine liberale Demokratie zurückentwickelt, sind es die liberalen Institutionen, die so ähnlich wie Kanarienvögel im Kohlenbergwerk vor dem bevorstehenden autoritären Angriff warnen. Liberale Institutionen schützen den demokratischen Prozess, indem sie die Macht der Exekutive begrenzen; sind sie erst einmal geschwächt, gerät die Demokratie selbst unter Beschuss. Dann wird es leichter, Wahlergebnisse durch Verschieben der Wahlkreisgrenzen, Änderungen der Wahlberechtigung bestimmter Gruppen oder falsche Wahlbetrugsvorwürfe zu manipulieren. So sorgen die Feinde der Demokratie dafür, dass sie an der Macht bleiben können, ohne Rücksicht auf den Willen des Volkes. Unter den vielen Angriffen Donald Trumps gegen amerikanische Institutionen wog seine Weigerung am schwersten, seine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen von 2020 anzuerkennen und einen friedlichen Machtübergang zu ermöglichen.

In normativer Hinsicht glaube ich, dass sowohl Liberalismus als auch Demokratie moralisch gerechtfertigt und für die praktische Politik notwendig sind. Sie stellen zwei der drei Säulen einer ordnungsgemäßen Regierung dar, und beide sind als Beschränkungen der dritten Säule, des modernen Staates, von entscheidender Bedeutung – ein Argument, das ich in meinen Büchern über die Politische Ordnung ausführlich dargelegt habe.^[8] Bei der derzeitigen Krise der liberalen Demokratie geht es jedoch zunächst einmal weniger um die Demokratie im engeren Sinne als vielmehr um die liberalen Institutionen. Außerdem wird der Liberalismus viel mehr als die Demokratie mit ökonomischem Wachstum und Wohlstand in der modernen Welt in Verbindung gebracht. Wie wir in den Kapiteln 2 und 3 noch sehen werden, kann sich ein Wirtschaftswachstum, das sich von Überlegungen zu Gleichheit und Gerechtigkeit löst, als sehr problematisch erweisen, aber das Wachstum ist und bleibt eine notwendige Vorbedingung für die meisten anderen guten Dinge, die moderne Gesellschaften anstreben.

Im Laufe der Jahrhunderte wurden drei wesentliche Rechtfertigungen für liberale Gesellschaften vorgetragen. Die erste ist eine pragmatische Begründung: Der Liberalismus ist ein Mittel, Gewalt zu regulieren und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Die zweite Begründung ist moralischer Natur: Der Liberalismus schützt die grundlegende Würde des Menschen und insbesondere

seine Selbstbestimmung – die Fähigkeit des Einzelnen, eigene Entscheidungen zu treffen. Die dritte Rechtfertigung ist eine ökonomische: Der Liberalismus fördert wirtschaftliches Wachstum und alle guten Dinge, die sich aus dem Wachstum ergeben, indem er das Recht auf Eigentum und auf freie wirtschaftliche Betätigung schützt.

Der Liberalismus ist eng verbunden mit bestimmten Formen der Erkenntnis, insbesondere zur Methode der Wissenschaft, die als bestes Mittel zum Verständnis und zur Beeinflussung der äußeren Welt angesehen wird. Man geht davon aus, dass der Einzelne seine eigenen Interessen am besten beurteilen könne und in der Lage sei, empirische Informationen über die Außenwelt aufzunehmen und zu prüfen, um diese Beurteilung vornehmen zu können. Diese wird notwendigerweise unterschiedlich ausfallen, aber die liberale Überzeugung lautet, dass auf einem freien Markt der Ideen die guten Ideen die schlechten durch gründliche Abwägung und Beweisführung letztendlich verdrängen werden.

Das pragmatische Argument für den Liberalismus muss in dem historischen Kontext verstanden werden, in dem die liberalen Ideen zuerst entstanden. Sie traten erstmals Mitte des 17. Jahrhunderts gegen Ende der europäischen Religionskriege auf, einer rund 150 Jahre umfassenden Periode fast ununterbrochener Gewalt, die durch die protestantische Reformation ausgelöst worden war. Schätzungen zufolge kam allein im Verlauf des

Dreißigjährigen Kriege (1618–1648) bis zu einem Drittel der Bevölkerung Mitteleuropas ums Leben, wenn nicht durch direkte Gewalt, dann durch Hungersnöte und Krankheiten, die der militärische Konflikt nach sich zog. Die europäischen Religionskriege wurden durch ökonomische und soziale Faktoren befeuert, beispielsweise durch die Habgier der Monarchen, sich Besitztümer der Kirche anzueignen. Die Grausamkeit der Kriege ergab sich jedoch aus der Tatsache, dass die Kriegsparteien verschiedene christliche Strömungen repräsentierten, die ihren Bevölkerungen ihre jeweils eigene Interpretation der religiösen Dogmen aufzwingen wollten. Martin Luther kämpfte gegen Kaiser Karl V.; die Katholische Liga kämpfte gegen die Hugenotten in Frankreich; Heinrich VIII. wollte die englische Kirche von Rom trennen, außerdem gab es weitere Konflikte innerhalb der protestantischen und katholischen Lager, etwa zwischen den High-Church- und den Low-Church-Anglikanern, den Zwinglianern, Lutheranern und vielen anderen. Es war eine Zeit, in der Ketzer regelmäßig auf dem Scheiterhaufen verbrannt, gestreckt oder gevierteilt wurden, etwa weil sie sich zu Dogmen wie der »Transsubstantiation«² bekannten – ein Niveau an Grausamkeit, das allein aus wirtschaftlichen Motiven kaum zu verstehen ist.

Der Liberalismus suchte die Politik zurückzudrängen, und zwar nicht, um ein gutes Leben im Sinne der Religion zu ermöglichen, sondern als Weg, das Leben selbst zu sichern, soll heißen: Frieden und Sicherheit zu

gewährleisten. Thomas Hobbes, der seine wichtigsten Schriften während oder bald nach dem Englischen Bürgerkrieg (1642–1649) verfasste, war Monarchist, sah jedoch in der Übertragung aller Gewalt auf einen starken Staat vor allem eine Garantie, dass die Menschheit nicht mehr in einen egoistischen »Krieg aller gegen alle« zurückfallen würde. Die Furcht vor einem gewaltsamen Tod war nach Hobbes die mächtigste Leidenschaft, die – anders als religiöse Überzeugungen – universal von allen Menschen geteilt werde. Daher sei es die erste Pflicht des Staates, das Recht auf Leben zu schützen. Darin liegen die frühen Ursprünge der Formulierung »*Leben*, Freiheit und das Streben nach Glück« in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Auf dieser Grundlage stellte John Locke fest, dass das Leben auch durch einen tyrannischen Staat bedroht werden könne und dass daher der Staat selbst durch die »Zustimmung der Regierten« beschränkt werden müsse.

Der klassische Liberalismus kann daher als institutionelle Lösung des Problems der Herrschaft über die Vielfalt verstanden werden, oder, um es etwas anders auszudrücken, des friedlichen Umgangs mit der Vielfalt in pluralistischen Gesellschaften. Das fundamentalste, im Liberalismus tief verankerte Prinzip ist das der Toleranz: Du musst mit den Mitbürgern über die wichtigsten Dinge nicht einer Meinung sein, sondern nur darüber, dass jeder Einzelne selbst entscheiden darf, was er ist oder sein will, ohne eine Einmischung durch dich oder den Staat

befürchten zu müssen. Der Liberalismus senkt sozusagen die Temperatur der Politik, indem er die Frage nach dem Endzweck vom Tisch nimmt: Du kannst glauben, was du willst, aber du musst dies in deinem Privatleben tun und darfst nicht versuchen, deinen Mitbürgern deine Überzeugungen aufzuzwingen.

Die Erscheinungsformen der Vielfalt, mit denen liberale Gesellschaften erfolgreich umgehen können, sind nicht unbegrenzt. Wenn ein bedeutender Teil einer Gesellschaft die liberalen Prinzipien selbst nicht akzeptiert und die Grundrechte anderer Menschen einzuschränken versucht, oder wenn Bürger auf Gewalt zurückgreifen, um ihren Willen durchzusetzen, reicht der Liberalismus nicht mehr aus, um die politische Ordnung aufrechtzuerhalten. In den USA war das vor 1861 der Fall, als die Frage der Sklaverei das Land spaltete und in der Folge in einen Bürgerkrieg stürzte. Während des Kalten Krieges sahen sich die liberalen Gesellschaften in Westeuropa durch die eurokommunistischen Parteien in Frankreich und Italien in ähnlicher Weise bedroht. Auch im heutigen Nahen Osten sind die Aussichten für die liberale Demokratie nicht gut, da islamistische Parteien wie die Muslimbrüderschaft in Ägypten im Verdacht stehen, die liberalen Spielregeln nicht akzeptieren zu wollen.

Vielfalt kann viele Formen annehmen: Im Europa des 17. Jahrhunderts war sie religiöser Natur, sie kann jedoch auch auf Nationalität, Ethnizität, »Rasse« oder anderen Überzeugungen beruhen. So herrschte in der

byzantinischen Gesellschaft eine scharfe Polarisierung zwischen den »Blauen« und den »Grünen«, den nach den Farben der Rennställe im Hippodrom benannten Zirkusparteien, die mit christlichen Sekten verbunden waren, welche sich zu monophysitischen beziehungsweise zu monothelitischen Dogmen bekannten. Das heutige Polen ist eine der ethnisch und religiös homogensten Gesellschaften Europas, und doch gibt es eine scharfe Trennung zwischen sozialen Gruppen, die in den weltoffenen Städten leben, und der eher konservativen Landbevölkerung. Im Allgemeinen sind die Menschen sehr gut darin, sich in Gruppierungen aufzuspalten, die sich metaphorisch oder auch buchstäblich bekriegen; Vielfalt ist daher ein weit verbreitetes Charakteristikum menschlicher Gesellschaften.^[9]

Das wichtigste »Verkaufsargument« des Liberalismus ist immer noch das pragmatische Argument, das schon im 17. Jahrhundert vorgetragen wurde: Wenn vielfältige Gesellschaften wie die Indiens oder der Vereinigten Staaten von liberalen Grundsätzen abweichen und versuchen, ihre nationale Identität auf »Rasse«, Ethnizität, Religion oder eine andere auf einen Begriff begrenzte Vision vom Guten Leben zu gründen, öffnen sie der Rückkehr potenziell gewaltsamer Konflikte Tür und Tor. Die USA hatten während des Bürgerkriegs unter solchen Konflikten zu leiden, und die Regierung Modi im heutigen Indien fordert die Gewalt in der Gemeinschaft geradezu

heraus, wenn sie den Hinduismus immer deutlicher zur Grundlage der nationalen Identität macht.

Die zweite Rechtfertigung für eine liberale Gesellschaft ist moralischer Natur: Eine liberale Gesellschaft schützt die Menschenwürde, indem sie allen Bürgern das Recht auf Selbstbestimmung gewährt. Die Befähigung, wichtige Lebensentscheidungen selbstbestimmt treffen zu können, ist ein zentrales Charakteristikum des Menschen. Jeder Mensch will seine Lebensziele selbst bestimmen: womit er seinen Lebensunterhalt erarbeitet, wen er heiratet, wo er leben will, mit wem er sich verbindet, mit wem er handelt, wie und worüber er seine Meinung äußert und woran er glaubt. Es ist diese Freiheit, die dem Menschen Würde verleiht, und im Unterschied zu Intelligenz, physischer Erscheinung, Hautfarbe oder anderen sekundären Merkmalen gilt sie universell für alle Menschen. Das Gesetz schützt die Selbstbestimmung zumindest dadurch, dass es die Rechte des Bürgers auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und Glaubensfreiheit gewährleistet. Aber im Laufe der Zeit erweiterte sich diese Autonomie um das Recht zur politischen Teilhabe und zur Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen, die durch das Wahlrecht gesichert werden. Auf diese Weise verbindet sich der Liberalismus eng mit der Demokratie, die somit als Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung gesehen werden kann.

Die Auffassung, dass der Liberalismus als Mittel zum Schutz des Grundrechts der Menschenwürde diene, setzte sich in Europa um die Zeit der Französischen Revolution durch. Heute ist es in Form des »Rechts auf Menschenwürde« in zahlreichen Verfassungen liberaler Demokratien auf der ganzen Welt verankert, etwa in den Grundgesetzen so unterschiedlicher Länder wie Deutschland, Südafrika und Japan. Die meisten heutigen Politiker würden sich schwer damit tun, genau zu erklären, welche besonderen Qualitäten es sind, die den Menschen gleiche Würde verleihen; sie würden jedoch zumindest eine vage Vorstellung davon haben, dass die Würde des Menschen etwas mit der Befähigung zu tun habe, Entscheidungen über den eigenen Lebensweg zu treffen, ohne unangemessene Einmischung von Seiten der Regierung oder der anderen Strömungen der Gesellschaft befürchten zu müssen.

Die liberale Theorie macht geltend, dass diese Rechte universell allen Menschen zustehen, wie es schon im zweiten Satz der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 heißt: »Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind.« In der Praxis machten liberale Regierungssysteme dennoch ärgerliche Unterschiede zwischen den Menschen und betrachteten nicht alle, die in ihrem Rechtsbereich lebten, als vollwertige Menschen. Die Vereinigten Staaten etwa gewährten den Afroamerikanern bis zu den Zusatzartikeln

13, 14 und 15 zur Verfassung, die in der Folge des Bürgerkriegs verabschiedet wurden, weder die Bürgerrechte noch das Stimmrecht, und nahmen dann während der *Reconstruction* diese Ergänzungen schändlicherweise wieder zurück, ein Zustand, der bis zur Bürgerrechtsära der 1960er Jahre bestehen blieb. Und bis zur Verabschiedung des 19. Zusatzartikels im Jahr 1919 wurde auch den Frauen das Stimmrecht verwehrt. Auch die europäischen Demokratien gewährten das Wahlrecht für alle Erwachsenen nur zögernd, indem sie Einschränkungen, die auf Besitz, Geschlecht und ethnischer Abstammung basierten, nach und nach aufhoben, ein langsamer Prozess, der sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinzog.^[10]

Die dritte wichtige Rechtfertigung für den Liberalismus ist in seiner Verbindung mit Wirtschaftswachstum und Modernisierung zu sehen. Für die Liberalen des 19. Jahrhunderts bestand die wichtigste Form individueller Autonomie darin, in einer Marktwirtschaft frei kaufen, verkaufen und investieren zu dürfen. Der Schutz von Eigentumsrechten bildete daher einen Kernpunkt der liberalen Agenda, zusammen mit einer durch staatliche Institutionen gewährleisteten Vertragssicherheit, die die Risiken für Investitionen und Handel zwischen Fremden verringerten. Die theoretische Rechtfertigung hierfür liegt auf der Hand: Kein Unternehmer würde sein Geld für ein Geschäft riskieren, wenn er damit rechnen müsste, dass es schon nach kurzer Zeit vom Staat enteignet oder ihm von

der Konkurrenz oder einer kriminellen Organisation weggenommen werden könnte. Die Eigentumsrechte mussten daher durch einen umfassenden Rechtsapparat untermauert werden, zu dem nicht nur ein System unabhängiger Gerichte, Anwälte und eine Anwaltskammer gehörten, sondern auch ein Staat, der über die Vollzugsgewalt verfügte, um Urteile gegen private Parteien durchsetzen zu können.

Die liberale Theorie befürwortete jedoch nicht nur die Freiheit, innerhalb nationaler Grenzen kaufen oder verkaufen zu können; schon frühzeitig sprach sie sich auch zugunsten eines internationalen Freihandelssystems aus. Adam Smith wies in seiner Schrift *Der Wohlstand der Nationen* schon 1776 darauf hin, wie hochgradig ineffizient die merkantilistischen Handelsbeschränkungen seien (beispielsweise die Verfügung des Spanischen Kolonialreichs, wonach spanische Waren nur von spanischen Schiffen in spanische Häfen verbracht werden durften). Ab 1817 schuf David Ricardo mit seiner Theorie der komparativen Kostenvorteile die Grundlagen der modernen Außenhandelstheorie. Die liberalen Regimes folgten jedoch diesen theoretischen Diktaten nicht unbedingt: Beispielsweise schützten sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten ihre frühen Industrien durch Zölle, bis sie so groß und stark geworden waren, dass es ihnen möglich war, ohne staatliche Unterstützung im Wettbewerb bestehen zu können. Nichtsdestoweniger